

GGG

Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Heft 1/2015



INHALT

GGG aktuell

- Neue Verbandszeitschrift
Gemeinsam Lernen 3
Gemeinsam Lernen im
Debus Pädagogik Verlag 4
40 Jahre Verbandszeitschrift –
ein opti(misti)scher Rückblick 6

GGG intern

- Zur Namensfrage 8
Außerordentliche Mitgliederversammlung 9

Aus den Ländern

- Länderberichte 10

GGG intern

- Jubiläen 5
GGG-Bundeskongress 2015 in Bremen 14
Termine 15

Elternseite

- Klopstock und Hölderlin 15

Klartext!

16



EIN WORT ZUVOR ...

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

diese Ausgabe des GGG-Journals ist das vorläufig letzte in der gewohnten Form. Es hat Sie ein paar Tage früher erreicht als gewohnt, weil wir bei der *didacta* in Hannover Ende Februar schon mit einer aktuellen Journalausgabe von 2015 präsent sein wollten, die Weihnachtsausgabe ist schließlich schon Schnee von gestern.

Statt des GGG-Journals erhalten Sie als GGG-Mitglied am 01.07. und am 01.10.2015 die neue pädagogische Zeitschrift *Gemeinsam Lernen*. Warum das so ist, wie es dazu gekommen ist, was wir damit beabsichtigen und wie es weitergehen soll, erfahren Sie in den Beiträgen von Lothar Sack und Bernward Debus auf den folgenden drei Seiten. Die guten alten *Gesamtschul-Kontakte* und das *GGG-Journal* haben uns 40 Jahre begleitet. Ich habe in den Archiven geblättert, einiges Spannende gefunden und nachgelesen, worüber es Ihnen lohnen würde, zu berichten. Für diese Ausgabe des Journals habe ich mich auf das Gesicht unserer Verbandszeitschrift konzentriert, es hat sich über die Jahre gewandelt, es ist jung geblieben, es scheint sogar jünger geworden, lebendig, wie die GGG es nach bald 50 Jahren Verbandsgeschichte noch ist.

Lebendig ist und bleibt auch die Debatte um die Namensgebung. Dazu wird es, wie im November in Mannheim beschlossen, eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 25.04.2015 in Hannover-Langenhagen geben. Alle nötigen Informationen dazu hat Lothar Sack zusammengestellt.

Was erwartet Sie noch in dieser Ausgabe des GGG-Journals?

Wie gewohnt die *Länderberichte*, diesmal ausführlich aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, kompakt aus Hamburg und Schleswig-Holstein, dazu eine Vorschau auf den 34. GGG-Bundeskongress vom 13. bis 14.11.2015 an der *Oberschule am Leibnizplatz* in Bremen. In der zwölften und gleichzeitig letzten *Elternglosse* erfahren Sie, wie es mit Erna Klopstock und Julia Hölderlin weitergegangen ist, im *Klartext* spießt Ingrid Ahrling den beliebten Spruch *Was schert mich mein Beschluss von gestern?* auf. Auch diese, letzte Journalausgabe steht wie gewohnt auf unserer Webseite www.ggg-bund.de zum Download bereit.

Wenn Sie sich wundern sollten, dass Sie dieses Mal nur 16 statt 20 Seiten in den Händen halten, gar die *Organisationskizzen* oder weitere thematische Beiträge *Unterricht inklusiv* vermisst haben sollten, freuen Sie sich auf den 01.07.2015: Dann halten Sie ein dickes Heft von 60 Seiten, die erste Ausgabe der Zeitschrift *Gemeinsam Lernen* in den Händen, prall gefüllt mit spannenden, aktuellen und lesenswerten Fachbeiträgen sowie acht Seiten GGG-internen Informationen.

Bleibt mir, Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre zu wünschen und Ihnen dafür zu danken, dass Sie diese meine Vorab-Bemerkungen 14 Jahre lang in 30 *Gesamtschul-Kontakten* (zwei *Vorabs* entstammen der Feder Wolfgang Vogels) und 25 Ausgaben des GGG-Journals, ich hoffe, mit Interesse, gelesen haben.

Ihr

 Michael Hüttenberger



LOTHAR SACK

Neue Verbandszeitschrift *Gemeinsam Lernen*

Diese Ausgabe des GGG-Journals wird die letzte in dieser Aufmachung sein. Wir haben uns entschlossen, das GGG-Journal in eine zusammen mit dem Wochenschau/Debus Pädagogik Verlag herausgegebene Zeitschrift mit dem Titel *Gemeinsam Lernen* einzubringen. Bundesvorstand (BV), Hauptausschuss (HA) und Mitgliederversammlung (MV) haben das Projekt diskutiert und für gut befunden. Hier einige Einzelheiten und Gründe.

Warum eine neue Zeitschrift?

Wer hat sich nicht schon darüber geärgert, dass vielen pädagogischen Zeitschriften offenbar der Schulartenproporz wichtig ist, manchmal wichtiger als die Qualität der Beiträge, jedenfalls wenn es um eine Pädagogik der Vielfalt geht. Auch sind die bestehenden Zeitschriften ziemlich zurückhaltend, wenn es um strukturelle Fragen unseres Bildungssystems geht; sie wollen schließlich nicht Teile ihrer traditionellen Abnehmer verlieren. Außer den GGG-Periodika in Bund und Ländern gibt es bisher keine Zeitschrift, die die gemeinsame Schule für alle und eine darauf ausgerichtete Pädagogik fokussiert. Sie haben als Mitgliederzeitschriften naturgemäß einen begrenzten Umfang und eine im Wesentlichen auf die Mitgliedschaft z.T. regional begrenzte Reichweite.

Dabei hat die Zahl der Integrierten Schulen, die sich als Schule für alle verstehen, in den letzten Jahren erheblich zugenommen: Von knapp 800 im Jahr 2005 auf gut 1.800 im Jahr 2014, allein im letzten Jahr sind 200 dazu gekommen. Das bedeutet, vorsichtig geschätzt, dass deutschlandweit mit ca. 72.000 Pädagog/innen an diesen Schulen zu rechnen ist, wenn alle diese neuen Schulen „hoch gewachsen“ sind. Sie wollen wir mit der *Gemeinsam Lernen* erreichen – bevor es andere tun.

Für viele Kolleg/innen insbesondere an den neu gegründeten Schulen ist ihre Arbeit eine Herausforderung, in der Unterstützung und Zuspruch nötig ist. Wir brauchen ein Forum, in dem sie mit ihren Ideen und Problemen zu Wort kommen, „alte Hasen“ ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen und, nicht zuletzt, der Zusammenhang thematisiert wird zwischen anerkennender Pädagogik, schulstrukturellen Fragen und dem dadurch beförderten Menschen- und Gesellschaftsbild. Wir setzen die demokratische Gemeinsamkeit aller voraus, nehmen damit Inklusion ernst, als Aufgabe und als bereits vielfältig praktizierte Realität. Wir wollen also in *Gemeinsam Lernen* diskutieren, wie – nicht ob – Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Herkunft, Fähigkeiten und Potentialen in der Schule für alle gemeinsam lernen können.

Neue – und alte – Kolleg/innen gilt es, auf die GGG aufmerksam zu machen, sie und ihre Schulen für unsere Sache zu gewinnen, selbstverständlich möglichst viele als Mitglieder. Für sie und ihre Schulen wird die neue Zeitschrift gemacht als Informationsquelle und Diskussionsort, umfangreicher als das bisherige Journal und qualitativ mindestens ebenso gut. Und für die, die bereits GGG-Mitglieder sind, ist sie außerdem Verbandsorgan.

Wir versprechen uns von der neuen Zeitschrift auch, dass die Schulen des gemeinsamen Lernens, gleichgültig, wie ihre amtliche Schulartbezeichnung jeweils regional differiert, in ihrer Gemeinsamkeit auch in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden. In diesem Sinne hat *Gemeinsam Lernen* auch eine Lobbyaufgabe gegenüber allen gesellschaftlichen Kräften einschließlich der Politik. Wir hoffen, dass wir so den Interessen der integrierten Schulen im länderübergreifenden gesellschaftlichen Diskurs bessere Geltung verschaffen können. Neben diesen grundsätzlichen Erwägungen legen andere Faktoren – für das Funktionieren einer Zeitschrift nicht unwichtig – nahe, jetzt die GGG-Mitgliederzeitschrift neu zu orientieren: Zum einen müsste die Redaktion umgebaut und ergänzt werden, um längerfristig die Qualität der Zeitschrift zu halten; zum anderen müsste Produktion und Vertrieb neu organisiert werden – unser bisheriger Partner für Layout und Druck steht nicht weiter im benötigten Umfang zur Verfügung.

Was ist bisher geschehen, wie geht es weiter?

Die Neuorientierung der GGG-Zeitschrift diskutierte der BV erstmals im Januar 2014. Auf dem HA im März wurde das Vorhaben erläutert, diskutiert und gut geheißen (1 Gegenstimme, 3 Enthaltungen). Ebenso sprach sich der HA im September nach Diskussion des Vertragsentwurfes für das Vorhaben aus. Die in den HA-Sitzungen geäußerten Anregungen und Bedingungen waren Gegenstand der Verhandlungen der Geschäftsführer von Verlag und GGG und wurden aus unserer Sicht befriedigend vereinbart. Während des Jahres fanden mehrere Verhandlungstreffen zwischen GGG-Vorstand und Wochenschau-/Debus Pädagogischer Verlag statt. Die MV im November 2014 diskutierte das Für und Wider des Vorhabens und sprach sich für die neue Zeitschrift *Gemeinsam Lernen* aus (1 Gegenstimme, 4 Enthaltungen). Nach dem positiven Votum der Mitgliederversamm-

lung wurde noch im November 2014 der Kooperationsvertrag unterzeichnet.



Lothar Sack (GGG-Vorsitzender)

Das Redaktionsstatut wird zurzeit erarbeitet. Bisher haben zwei Redaktionssitzungen stattgefunden, auf denen die ersten beiden Jahrgänge (2015, 2016) vorbereitet wurden. Der *Wochenschau Verlag*, bekannt durch sein Engagement in der Politik-/Demokra-

tie-Pädagogik und im Ganztagsbereich, und die GGG sind gleichberechtigte Herausgeber der Zeitschrift. Sie berufen einvernehmlich die Redaktion. Peter E. Kalb, bekannt durch seine verantwortliche Mitarbeit in mehreren renommierten pädagogischen Zeitschriften, konnte als Redaktionsleiter für die Anfangsphase der Zeitschrift gewonnen werden. Er ist außerdem Programmleiter bei *Debus Pädagogik*, einem Imprint des *Wochenschau Verlages*. In der Redaktion arbeiten u. a. Ingrid Ahlring und Witlof Vollstädt mit.

Gemeinsam Lernen soll ca. 60 Seiten Umfang haben; davon sind acht Seiten GGG-Verbandsnachrichten, für die selbstverständlich weiterhin nur die GGG verantwortlich ist. Der Normalabonnementspreis wird bei ca. 54,- € jährlich liegen. Die Möglichkeit, Informationen der GGG-Landesverbände einzulegen, bleibt zu ähnliche Konditionen wie bisher erhalten.

2015 sind GGG-Journal 1/15 und zwei Hefte von *Gemeinsam Lernen* vorgesehen. Wegen der veränderten Erscheinungstermine (jeweils Anfang Januar, April, Juli, Oktober) bleibt es 2015 bei insgesamt drei

Ausgaben der Mitgliederzeitschrift, das sind wegen des größeren Umfangs der neuen Zeitschrift insgesamt 140 Seiten gegenüber 80 Seiten bisher. Die 2015 erscheinenden Hefte erhalten alle Mitglieder ohne zusätzliche Kosten im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. Auf der Mitgliederversammlung 2015 wird dann zu entscheiden sein, welche Bezugsart wir danach wählen: Abonnement zu einem Mitgliedervorzugspreis (ca. 30,- € einschl. Versandkosten), wer dies nicht will, erhält nur die Verbandsnachrichten) oder das Abonnement ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Der Verlag hat uns dazu ein großzügiges Angebot unterbreitet. Das Optionsrecht zwischen beiden Lösungen ist vertraglich vorgesehen. BV und HA müssen die verschiedenen Modelle und ihre – auch finanziellen – Konsequenzen noch diskutieren und werden sie dann der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorlegen.

Alle, die zu *Gemeinsam Lernen* einen Beitrag leisten wollen, sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Die Redaktion ist auf Mitarbeit und Rückmeldung angewiesen. Helfen Sie mit, *Gemeinsam Lernen* zu Ihrer und damit zu unserer Zeitschrift zu machen.

Gemeinsam Lernen im Debus Pädagogik Verlag

Liebe Mitglieder der GGG,

es freut uns, dass wir an dieser Stelle unsere gemeinsamen Pläne und Ziele kurz skizzieren können.

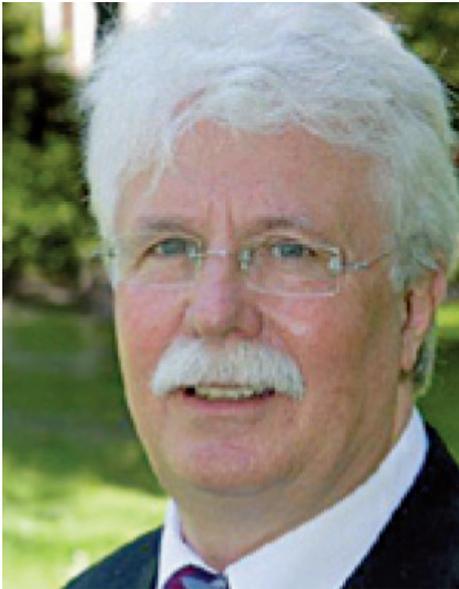
Im *Wochenschau Verlag* gehört das Engagement für die Gesamtschule zur Verlagskultur. Schon 1968 erschien bei uns das erste Handbuch zur Gesamtschule. Mit der Erweiterung unseres Programms zur Demokratiepädagogik, der Ganztagschule und Schulpädagogik – immer mit dem Fokus auf demokratischer politischer Bildung als Kern – hat es sich gezeigt, dass ein engagiertes Pädagogikprogramm, wie wir es uns vorstellen, einen eigenen Platz braucht.

Konsequenterweise haben wir deshalb den *Debus Pädagogik Verlag* gegründet. Dafür konnten wir Peter E. Kalb als Programmleiter gewinnen, der zuvor viele Jahre den Beltz Fachverlag und die Redaktionen von „Betrifft Erziehung“ bzw. „Pädagogik“ geleitet hat.

Schon nach kurzer Zeit verfügt der *Debus Pädagogik Verlag* heute über ein lesenswertes Programm. Dazu gehören engagierte Titel wie „Kinderrechte in die Schule“ (hrsg. von Wolfgang Edelstein, Lothar Krappmann und Sonja Student) oder „Interkulturelle

Schule“ (hrsg. von Özlem Devci, Regine Hartung und Katty Nöllenburg).

Gespräche, die wir mit der GGG geführt haben, zeigten, dass es viele Berührungspunkte gibt, die von dem Engagement für eine veränderte Schule getragen werden. Ergebnis war, dass wir eine Plattform schaffen wollen, auf der die Überlegungen, Reflexionen und Umsetzungen zum gemeinsamen Lernen verbreitet und debattiert werden. Die organisatorischen Randbedingungen sind günstig, um die Kräfte zu bündeln und das Projekt *Gemeinsam Lernen* zu stemmen.



Bernward Debus (Verleger)



Peter E. Kalb (Programmleiter)

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür und nur gemeinsam kann es gelingen!

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen – nach diesem „bewährten“ Motto wurden und werden bei uns Schüler/innen sortiert. Damit sollen leistungshomogene Gruppen entstehen, in denen besser gelernt werden kann. Würde dies funktionieren, müsste eigentlich unser gegliedertes Schulsystem der Spitzenreiter bei den Leistungsvergleichsmessungen sein. Dummerweise ist das nicht so. Wenn gemeinsames Lernen zum Beispiel in Finnland selbst in den Berufsschulen praktiziert wird, warum haben die Finnen (dennoch?) überdurchschnittlich gut bei den PISA-Untersuchungen abgeschnitten? Finnland ist ein Beispiel dafür, dass gemeinsames Lernen funktioniert und sich dabei noch leistungsfördernd auswirkt – auf alle.

Gemeinsam Lernen, die neue Zeitschrift, ist ein pädagogisches Programm. Gemeinsames Lernen fördert zudem die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft, in der sich Ungerechtigkeit und soziale Kälte breit machen. Deshalb wollen wir eine Zeitschrift für den gesamten Schulbereich machen, die einer pädagogischen Idee verpflichtet ist und diese Idee schon im Titel ankündigt.

Wir wollen fundiert und sachlich Argumente, Erfahrungen und Vorschläge anbieten – die pädagogischen Vorzüge betonen und bei eventuellen Nachteilen nicht herumlavieren. In *Gemeinsam Lernen* wollen wir Argumente für eine bessere, leistungsfähigere und demokratischere Schule sammeln.

Wir denken: Für eine solche Zeitschrift ist es höchste Zeit. Wir wollen, dass Projekte, Ideen und Entwicklung untereinander ausgetauscht werden und daraus Neues entsteht. Wir laden alle zum Mitmachen ein, die diese Ziele unterstützen wollen.

Die Zeitschrift soll aber auch Lobby sein für gemeinsames Lernen. Sie soll nicht nur über Politik und über Schulentwicklung berichten, sondern diese Prozesse aktiv und kritisch in offenen Diskursen begleiten.

Deshalb sind unsere Zielgruppen die für gemeinsames Lernen engagierten Pädagog/innen, Schulleitungen, Politiker/innen und Akteure im Bildungsbereich, von den Parlamenten über die Ministerien bis hin zu den Kreisen, Städten und Gemeinden. Ein solches Projekt heutzutage auf den Weg zu bringen ist sicher eine gewagte Sache, doch wir sind zuversichtlich, es gemeinsam zu schaffen.

Wir haben schon einige namhafte Personen gewinnen können, die die Zeitschrift unterstützen. Wer das ist, sehen Sie in der ersten Ausgabe. Aber wir brauchen auch Sie: Unterstützen Sie *Gemeinsam Lernen* durch Empfehlung im Kollegenkreis, Anschaffung für die Lehrerbibliothek und kritisch-konstruktive Rückmeldungen an die Redaktion!

Auf Wiederlesen Anfang Juli 2015!

IHR BERNWARD DEBUS

Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft:

Hort Schneider (Eintritt 25.04.1975)
Dieter Neckritz (29.04.1975)
Christian Kubina (09.05.1975)
Hans-Peter Nusser (12.05.1975)
Dietrich Lemke (15.05.1975)
Klaus Klattenhoff (19.05.1975)
Adelheid Schulte (26.05.1975)
Eva Rolofs (02.06.1975)
Wolfgang Engelmann (03.06.1975)
Urte Zell (05.06.1975)
Michael Zahrt (09.06.1975)
Edgar Mebus (10.06.1975)

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Gertraud Burkert (21.03.1940)
Richard Schröder (04.04.1940)
Jürgen Leonhardt (08.04.1940)
Jürgen Anbuhl (05.05.1940)
Ute Uhde (08.05.1940)

Wir gratulieren zum 80. Geburtstag

Joachim Lohmann (18.06.1935)

Wir gratulieren zum 90. Geburtstag

Uwe Helmke (02.04.1925)

Da in den ersten Jahren der GGG nicht alle relevanten Mitgliedsdaten erhoben wurden, kann es vorkommen, dass Jubilare hier nicht genannt werden. Für entsprechende Hinweise sind wir dankbar.

MICHAEL HÜTTENBERGER

40 Jahre Verbandszeitschrift – ein opti(misti)scher Rückblick

Zur Geschichte der Gesamtschul-Kontakte und des GGG-Journals

Mit der Ausgabe 1/2015 führt die GGG eine alte Tradition in eine hoffentlich genauso lange währende neue über: das bisher eigenständige *GGG-Journal*, vormals *Gesamtschulkontakte*, erscheint ab 01.07.2015 als 8-seitiges GGG-Info in der Zeitschrift *Gemeinsam Lernen*, die die GGG gemeinsam mit *Debus Pädagogik*, einem Imprint des *Wochenschau Verlags*, herausgibt: Zeit und Gelegenheit für einen Rückblick über 40 Jahre gedruckte Mitgliederinformationen. Es begann im Jahr 1975 mit fünf Ausgaben und je 32 Seiten im DIN-A5-Format,

redaktionell verantwortlich zeichneten Joachim Lohmann und Gertrud Garms, die ab Ausgabe 3/1975 von Sabine Gerbaulet abgelöst wurde. Schon mit Ausgabe 5/1975 bekamen die *Gesamtschul-Kontakte* ein markantes Gesicht, das bis 1978 (Abb. 2/1978) so beibehalten wurde. Die Mitgliederzeitschrift kam bis einschließlich 1978 aus Bochum, dem damaligen Sitz der GGG-Bundesgeschäftsstelle.

Mit dem Wechsel der Geschäftsstelle nach Ammersbek-Hoisbüttel wechselte auch das

Format. 16 Seiten auf DIN A4 waren ab der Ausgabe 1-2/1979 (Abb. 3/1979), der einzigen Doppelausgabe in der Geschichte unserer Verbandszeitschrift, angesagt. Fürs Layout zeichnete Renate Stiller bis zur Ausgabe 2/1982 verantwortlich. Redaktionell blieb es zunächst beim Gespänn Lohmann/Gerbaulet, allerdings übernahm ab Ausgabe 3/1980 Hans-Dietrich von Joachim, mit der Ausgabe 4/1980 schied Sabine Gerbaulet aus.

Das Heft 3/1983 kam dann aus der neuen Geschäftsstelle in Aurich – der Absender Postfach 1307 blieb bis zum Heft 3/2008 genau 25 Jahre bestehen. 1983 übernahm Ingrid Wenzler die redaktionelle Verantwortung, fürs Layout zeichnete jetzt Helga Oswald verantwortlich, mit wenig optischen Änderungen, lediglich der Titel wurde grau unterlegt (Abb. 4/1983).



LOTHAR SACK

Zur Namensfrage

Die Mitgliederversammlung 2013 hatte beschlossen, die Namensgebung der GGG zu diskutieren und den Gremien den Auftrag erteilt, hierfür einen Vorschlag zu erarbeiten. Der gemeinsame Antrag von Hauptausschuss (HA) und Bundesvorstand (BV) für die Mitgliederversammlung (MV) im November 2014 war seit Mitte Oktober im Mitgliederbereich der GGG-Website den GGG-Mitgliedern zugänglich. Er sah als Namensvorschlag „GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gemeinsam Lernen“ vor. Das GGG-Journal 3/2014 hat sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt.

In den letzten Wochen vor der MV 2014 und danach gingen etliche Stellungnahmen aus der Mitgliedschaft ein. Sie vermittelten den Eindruck, dass in vielen Landesverbänden die Diskussion um den Namen unseres Verbandes bestenfalls in „Funktionskreisen“ stattgefunden hat und vielen Mitgliedern Hintergründe und Motive noch nicht hinreichend deutlich waren. Hinzu kam eine kritische Stellungnahme vier ehemaliger Vorsitzender der GGG (Otto Herz, Anne Ratzki, Dieter Weiland und Ingrid Wenzler) vor der MV und eine mehr vermittelnde nach der MV; sie sind ebenfalls auf der GGG-Website zu finden. Diese Diskussion muss ausführlich geführt werden, und zwar bevor eine verbindliche Entscheidung fällt. Dabei darf diese Diskussion nicht nur die jeweils landesspezifische Situation und Befindlichkeit reflektieren. Der BV regte daher an, auf der MV die inhaltliche Diskussion weiterzuführen, den Beschluss aber für diese MV auszusetzen. Über die MV 2014 hat Ingrid Ahrling bereits im GGG-Journal 4/2014 berichtet.

Der BV ist nach wie vor der Überzeugung, dass ein zeitgemäßer neuer Name für die GGG nicht nur sinnvoll sondern

notwendig ist. Gründe hierfür sind im GGG-Journal 3/2014 dargelegt worden und sollen hier nicht erneut ausführlich erörtert werden. Hier nur noch einmal kurz der Hinweis: Was nutzt uns ein Verband, der zwar die richtige Position, aber zunehmend Schwierigkeiten hat, von integrierten Schulen als Verbündeter oder gar Interessenvertreter wahrgenommen zu werden, weil mittlerweile 2/3 von ihnen nicht (oder nicht mehr) *Gesamtschule* heißen und mittlerweile auch zum großen Teil eine andere Historie haben? Es gilt auch, der drohenden Zersplitterung der Gemeinschaft der integrierten Schulen durch Interessenvertretungen der Gemeinschaftsschulen, (integrierten) Sekundarschulen etc. zuvor zu kommen.

Die Einwände und Bedenken gegen einen neuen Namen müssen selbstverständlich ernst genommen werden, schon weil niemand ein Interesse daran haben kann, dass sich Mitstreiter für die eine Schule für alle enttäuscht abwenden. Allerdings, auch das muss gesagt werden, bleibt es beim jetzigen Namen, werden etliche, dann andere Menschen, der GGG den Rücken kehren oder gar nicht erst ihre Nähe suchen oder sie gar als Heimat entdecken, eine angesichts der Altersstruktur unserer Mitgliedschaft weniger erfreuliche Perspektive. Also auch die, die sich für die Beibehaltung des traditionellen Namens einsetzen, trifft ein Stück Verantwortung für die GGG und ihre Zukunft. Es muss das Interesse aller Beteiligten sein, dass die Anhängerschaft der einen Schule für alle sich nicht zersplittert sondern konsensorientiert eine Lösung sucht. Im neuen Namen auf die traditionelle Bezeichnung *Gesamtschule* zu verzichten, folgt weder dem Motiv, das Ziel eines integrierten Schulsystems aufzugeben noch sich von den bestehenden Gesamtschulen oder der

Gesamtschul- und GGG-Historie zu distanzieren. Es gilt vielmehr, die integrierten Schulen, die nicht (oder nicht mehr) *Gesamtschulen* heißen in den Anspruch auf Realisierung der einen gemeinsamen Schule für alle mit einzubeziehen, auch wenn dies nicht überall politische Absicht bei ihrer Etablierung war. Um diesen Anspruch glaubwürdig vertreten zu können, muss ein Name für unseren Verband gefunden werden, der uns als Träger der gemeinsamen Idee bundesweit identifizierbar macht und für alle Bundesländer akzeptabel ist. Die Verwendung des Namens einer real existierenden Schulform scheidet schon deshalb aus, weil es keine einheitliche oder einheitlich konnotierte Bezeichnung für die integrierte Schule gibt. (Und das sei hinzugefügt: auch der Name *Gesamtschule* verbindet sich auch in den Bundesländern, die ihn (noch) offiziell verwenden, mit erheblichen regionalen Bedeutungsunterschieden.)

Unter den eingegangenen Stellungnahmen sind etliche, die dem Sinn und der Notwendigkeit eines neuen Namens zustimmen, wenn auch nicht immer frohen Herzens, für die jedoch der bisher vorgeschlagene Name nicht überzeugend ist.

Es werden vorgeschlagen:

GGG – Gemeinnützige Gesellschaft für Schulen des gemeinsamen Lernens

GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gemeinsam Lernen

GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gemeinsame Schule

GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gemeinsame Schule für alle

GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, Gemeinschaftsschule und weitere Schulen des gemeinsamen Lernens

GGG – Eine Schule für alle

GGG – Eine gemeinsame Schule für alle

Jeder dieser Vorschläge hat Vorzüge und Defizite. Insgesamt erscheint es jedoch sinnvoll, sich mit dem Für und Wider der vorliegenden Namen auseinanderzusetzen bzw. weiter nach einem treffenderen Namen zu suchen.



Mitgliederversammlung 2014 in Mannheim

In den bereits geführten Diskussionen haben sich folgende Kriterien für die Namensgebung herauskristallisiert. (Möglicherweise gelingt es nicht, mit einem Namen alle Kriterien gleich gut zu erfüllen):

- Kein Abrücken von der Forderung nach einer Schule für alle.
- Keine Distanzierung von der Gesamtschule und der Historie der GGG, deshalb als äußerer Ausdruck der Konti-

nuität Beibehaltung des Logos „GGG“ und satzungsmäßige Verankerung der Herkunft durch eine Formulierung wie „gegründet 1969 als Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule“.

Im Namen muss sich das Ziel der gemeinsamen Schule für alle mit einer diesem Ziel gerecht werdenden Pädagogik ausdrücken. Das wird am besten durch Verwendung des Singular (z. B. Schule) ausgedrückt. Bei Verwendung des Plural

besteht das Missverständnis, die GGG sei nur Interessenvertretung der real existierenden Schulen. Sie ist mehr.

Der Name muss auch integrierte Schulen ansprechen, die nicht Gesamtschule heißen.

Die Nennung einer real existierenden Schulform für diesen Zweck erscheint ungeeignet, da es keine einheitliche oder einheitlich konnotierte Bezeichnung für die integrierte Schule bundesweit gibt. Der neue Name muss möglichst prägnant und kurz sein, schon um ihn leicht zitieren zu können.

Schön wäre es, wenn auch der neue Name drei Gs enthielte, damit GGG auch Abkürzung des neuen Langnamens wäre.

Wenn die besondere Situation eines Bundeslandes eine nähere Ausformulierung des Verbandsnamens ggf. unter Einbeziehung der in diesem Bundesland real existierenden Schulformbezeichnungen erforderlich erscheinen lässt, soll dies möglich sein. (Dann kann sich ein Landesverband z. B. auch *Gesamtschulverband (für dieses Land)* nennen.

Die MV 2014 hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung beschlossen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt *Diskussion und Beschluss des künftigen Namens der GGG*. Sie wird stattfinden am Samstag, dem 25.04.2015 in der IGS Langenhagen (bei Hannover). Alle GGG-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung

Gemäß dem Votum der Mitgliederversammlung vom November 2014 in Mannheim laden wir ein zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am **Samstag, dem 25.04.2015**, 12.00 bis 15.00 Uhr in der **IGS Langenhagen**, Konrad-Adenauer-Straße 21/23, 30853 Langenhagen. Tel. (0511) 7307-9640

Vorgesehene Tagesordnung:

- Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
- Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatprüfungskommission
- Bestellung der Protokollant/innen
- Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung des Protokolls der MV 2014
- Namensänderung der GGG (Satzungsänderung), Beratung und Beschlussfassung
- Verschiedenes

Anträge müssen bis Samstag, den 04.04.2015, schriftlich beim GGG-Vorstand/der GGG-Geschäftsstelle, Hauptstr. 8, 26427 Stededorf eingegangen sein. Stellungnahmen und Anträge zum Thema befinden sich auf der ggg-Website im Mitgliederbereich (www.ggg-bund.de/index.php/bundesverband/mitgliederbereich) Für die Zugangsberechtigung zum Mitgliederbereich setzen Sie sich bitte mit der GGG-Geschäftsstelle in Verbindung (E-Mail geschaeftsstelle@ggg-bund.de, Tel. 04971-946680).

Anfahrt ab Hbf: S4, S5 bis Langenhagen Mitte (8 min Fahrzeit, 16 min Gehzeit); U1 bis Langenhagen-Zentrum (19 min Fahrzeit, 6 min Gehzeit)

Der GGG-Vorstand
gez. Lothar Sack


AUS DEN LÄNDERN
BADEN-WÜRTTEMBERG
Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg: Zukunftsweisendes Projekt oder ungeliebtes Kind?

Nach vier Jahren grün-roter Landesregierung wird es in Baden-Württemberg voraussichtlich fast so viele Gemeinschaftsschulen wie Gymnasien geben: Gut 300! Gut 300 Schulen, in denen unterschiedlichste Kinder miteinander und voneinander lernen können, alle Abschlüsse des Regelschulsystems angeboten werden, auf Notengebung verzichtet werden kann, Inklusion von vornherein ein wichtiges Element des Schulkonzeptes ist und individualisierte und kooperative Lernformen nicht die Ausnahme, sondern die Regeln sind. Gut 300 Schulen, in denen es keine äußere Fachleistungsdifferenzierung geben soll. Gut 300 Schulen, die in der Sekundarstufe I alle gebundene Ganztagschulen sind und somit die Möglichkeit zu einer sinnvollen Rhythmisierung des Tages haben.

Mit diesem Schuljahr sind es aktuell in Baden-Württemberg bereits 209 öffentliche Gemeinschaftsschulen, die die Arbeit aufgenommen haben. Neben Hauptschulen und Werkrealschulen konnten auch die ersten Realschulen für den Veränderungsprozess gewonnen werden. Die Gründe, Gemeinschaftsschule zu werden, sind sehr unterschiedlich. Da gibt es jene Gruppe von Schulen, für die dieser Schritt ein Befreiungsschlag ist, die nach Jahren des Reformstaus endlich das machen können, was ihnen pädagogisch wichtig ist. Diese Schulen sind sicherlich die zentralen und wichtigsten Träger der Reform. Dann gibt es jene Gemeinschaftsschulen, die sich auf Wunsch der Gemeinde mit der Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule befasst und dafür entschieden haben. Eine Gemeinschaftsschule und somit eine Schule, die von allen Kindern der Gemeinde nach der Grundschulzeit besucht werden kann, in der Kommune zu haben, wird als Standortvorteil gesehen. Und dann gibt es die Gruppe sehr kleiner und von Schließung bedrohter Hauptschulen, die ihre einzige Überlebenschance darin sehen, Gemeinschaftsschule zu werden. Diese müssen eine Mindestschülerzahl von 40 Schüler/innen in Jahrgang 5 als Voraussetzung für eine Genehmigung haben. Man kann sich sicherlich darüber streiten, ob es sinnvoll ist, Schulen mit einer so geringen Jahrgangsbreite die Möglichkeit für die Umwandlung zugeben. Andererseits haben auch diese kleinen Schulen sicherlich die Chance verdient, sich nochmal neu aufzustellen.

Von meinen Lehramtsstudierenden im ISP (Integriertes Semesterpraktikum) höre ich durchweg positive, manchmal nahezu enthusiastische Berichte aus den Gemeinschaftsschulen. Sie sind begeistert über die Arbeit in den Klassen, die Lernatmosphäre, die Arbeits-

formen, die sie kennenlernen. Diese Studierenden sind ein ganzes Semester vier Tage die Woche an einer Gemeinschaftsschule. Da können sie sich schon ein Urteil erlauben. Offensichtlich ist das, was sie dort erleben, im Vergleich zum Lernen in ihrer eigenen Schulzeit eine deutliche Qualitätsverbesserung.

Gemeinschaftsschule begeistert und ist zugleich anstrengend. Vor allem für jene Lehrerteams, die sich als erste der Umsetzung annehmen. Erfahrene Gesamtschullehrer/innen aus anderen Bundesländern kennen die Freude und die Anstrengung, Schule neu zu denken und mit einer bewusst erhöhten Heterogenität in den Klassen eine veränderte und gute Arbeit zu machen. Umso wichtiger ist es, dass die Anstrengung nicht noch von außen erhöht wird. Das aber geschieht zurzeit und ist wenig produktiv. Da sind die Gemeinschaftsschulgegner, die in den üblichen Argumentationsmustern verharren, den Untergang des Abendlandes proklamieren und mit tendenziösen, eklektizistischen und teilweise falschen Interpretationen von Forschungsergebnissen aus anderen Bundesländern die Schulform diskreditieren und Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen verunsichern. Da entstehen die aus anderen Bundesländern nur zu gut bekannten politischen Profilierungsspielchen zwischen Opposition und Landesregierung auf Kosten dieser Schulform. Da wird mit fast triumphierender Häme jeder noch so kleine Misserfolg zum grundsätzlichen Beweis des Scheiterns der ganzen Schulform hochstilisiert. Und dann kommt noch Gegenwind von denen, die doch eigentlich Unterstützer sein müssten. Manche Gesamtschulanhänger/innen z. B. in den Gewerkschaften nutzen nicht die Chancen, die Gemeinschaftsschule zu unterstützen und sehen nicht die Chance, die sich hier in Baden-Württemberg durch die Gemeinschaftsschule für eine veränderte und bessere schulische Bildung auf tun und arbeiten auf dem Hintergrund machtstrategischer Szenarien gegen sie.

Stimmt, auch in Baden-Württemberg ist die Gemeinschaftsschule nicht die ersetzende Schulform, da die Landesregierung auf eine Entwicklung von unten setzt und diese Schulform nicht flächendeckend verordnen will. Das bedauern so wie ich viele. Die Schulformen längeren gemeinsamen Lernens sind allerdings auch in keinem anderen Bundesland ersetzende Schulform geworden. Andere kritisieren, dass die „Gemeinschaftsschule“ nicht „Gesamtschule“ heißt! Na und? Geht es nicht eigentlich um die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, anders lernen zu können? Geht es wirklich um ‚Labels‘? Und ja, es gibt bisher nur wenige Gemeinschaftsschulen, die sich für die GGG und die Gesamtschulen in anderen Bundesländern interessieren und von deren Stärken und Fehlern lernen möchten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Gemeinschaftsschulgründungen kommen zum Beispiel nicht aus einer bundesweiten und sehr politisch geprägten Schulreforminitiative wie die Gesamtschulgründungen der 70er und 80er Jahre. Gesamtschulen anderer Bundesländer sind in Baden-Württemberg über Jahrzehnte so dermaßen schlecht geredet worden, dass Schulen teilweise gar nicht erst auf die Idee kommen, in diese Richtung zu schauen. Stattdessen erfolgte eine Orientierung an Schulkonzepten

aus der Schweiz. Das ist angesichts des Erfahrungsreichtums im Gesamtschulbereich in Deutschland, auf dem die Gemeinschaftsschulen hätten aufbauen können, sehr bedauerlich. Aber es ist eine Frage der Zeit, bis auch die problematische Seite bestimmter Schweizer Schulkonzepte bewusst werden und die Schulen nach anderen Ideengebern und Gesprächspartnern suchen werden. Bereits auf der Tagung in Mannheim diesen November berichteten GGG-Vertreter/innen davon, dass sie angesprochen und um Unterstützung gebeten worden seien von der einen oder anderen Gemeinschaftsschule.

Natürlich sind die drei ‚alten‘ Gesamtschulen in Baden-Württemberg in einer unerfreulichen Situation. Sie haben gegen alle Widerstände, und wie massiv diese waren, kann man sich in vielen anderen Bundesländern kaum vorstellen, die Idee der Gesamtschule – auch in ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung – mutig wach gehalten und jahrzehntelang den fast aussichtslosen wirkenden Kampf gegen ein selektives dreigliedriges Schulsystem geführt. Nach der schulpolitischen Wende wurde es aus meiner Sicht versäumt, dieses Engagement genügend zu würdigen, die drei Gesamtschulen ins Boot zu holen und ihnen die Chance zu geben, ihre innovative Kraft für verändertes Lernen in Baden-Württemberg zielgebend für die neuen Gemeinschaftsschulen nutzbar zu machen. Stattdessen stehen sie mit ihren derzeitigen Formen äußerer Fach-Leistungsdifferenzierung, die sicher viele Kolleg/innen an diesen Schulen historisch gesehen gar nicht wollten, als quasi überholte, traditionelle Gesamtschulform da.

Aber es wäre doch absurd, wenn diese Gesamtschulen und die Gemeinschaftsschulen langfristig nicht an einem Strang ziehen und gemeinsam dafür kämpfen würden, dass Kinder länger gemeinsam und besser lernen dürfen. Die Staudinger-Gesamtschule in Freiburg hat einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan und die Diskussion um die Abschaffung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung aufgegriffen. Sie verzichtet ab Klasse 5 aufwärts auf äußere Fachleistungsdifferenzierung. Die Gesamtlehrer/innenkonferenz hat dies mehrheitlich entschieden. Damit hat sich eine große Schule (über 1.200 Schüler/innen) mit gymnasialer Oberstufe für ein gemeinsames Lernen bis Klasse 10 entschieden. Hier verbinden sich langjährige Gesamtschultraditionen und -erfahrungen mit aktuellen Entwicklungen in Baden-Württemberg.

Was brauchen Gemeinschaftsschulen derzeit aus meiner Sicht am meisten:

Konkrete Konzepte und Ideen für die pädagogische und fachliche Alltagsarbeit aus guten Gesamtschulen in Deutschland. Hier können Gesamtschulen, die darauf erfolgreich auf äußere Fachleistungsdifferenzierung verzichtet haben, zu wichtigen Beispielen werden.

Personelle Ressourcen zum Beispiel für kollegiale Hospitationen, fachlichen Austausch und Schulentwicklung, Coaching und Supervision und sinnvolle Doppelbesetzungen im Unterricht. Gerade die engagierten Teams, die ab Jahrgang 5 die Gemein-

schaftsschule gestaltend hochwachsend und immer diejenigen sind, die Neues ausprobieren, entwickeln und als Vorreiter etablieren, brauchen mehr Entlastung.

Multiprofessionelle Teams, bei denen Lehrer/innen aller Schulformen und pädagogische Mitarbeiter/innen anderer pädagogischer Berufe (Erzieher/innen, Sozialpädagoge/innen) ihren Dienstoff an der Gemeinschaftsschule haben.

Lehrer/innen mit gymnasialem Lehramt, das sich die Attraktivität der Gemeinschaftsschule für Eltern deutlich erhöhen wird, wenn durch die verstärkte Einstellung von Gymnasiallehrer/innen und -lehrern sichtbar wird, dass in der Gemeinschaftsschule auch der gymnasiale Bildungsweg fachlich vertreten ist.

Ermutigung, Kontinuität und Verlässlichkeit, um sich entwickeln und Erfahrungen sammeln zu dürfen. Ganz im Sinne des Zitats von Anton Bruckner: „Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen.“

Selbstbewusstsein, sich als reale, existierende Alternative zum Gymnasium dazustellen. Hier können die Gemeinschaftsschulen viel von den drei Gesamtschulen lernen, die es in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten gibt.

Es ist an der Vision festzuhalten, dass eine die jetzigen Schulformen ersetzende Schulform entsteht, die auf die Grundschule folgt und die von allen Kindern und Jugendlichen besucht wird. Kurzfristig ist nichts anderes möglich, als eine Politik der kleinen Schritte, wenn schon jetzt die Situation für Schüler/innen verbessert und eine Landesregierung nicht politisches Harakiri begehen möchte. Zu dieser Politik der kleinen Schritte zur Verbesserung der schulischen Situation von Schüler/innen gehört auch ein neuer Vorstoß der Landesregierung. Im Schuljahr 2016/2017 wird sich in Baden-Württemberg Grundlegendes bei den Realschulen ändern. Die Realschulen vergeben nun auch den Hauptschulabschluss, sie dürfen Kinder nicht mehr ‚abschulen‘, in Jahrgang 5 und 6 sind alle Schüler/innen in eine Orientierungsstufe ohne äußere Differenzierung, ab Jahrgang 7 dürfen sie mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung in unterschiedliche Niveaus unterrichtet werden. Mit dieser Änderung hat Baden-Württemberg zwei Angebote in der Sekundarstufe I, bei denen bewusst auf eine größere Heterogenität der Schülerschaft gesetzt wird und alle drei Bildungsgänge integriert sind. Die Realschule in Kombination mit den beruflichen Oberstufen – sie vergeben auch die Allgemeine Hochschulreife – gilt seit Jahren als „G9-Weg“ zum Abitur. Nun muss sie sich auch endlich auf die sogenannten Hauptschüler/innen einlassen und sie zum Abschluss führen. Diese Entscheidung der Landesregierung ist keine, die auf der Systemebene zur Entwirrung der Schulformvielfalt und zur Stärkung der Gemeinschaftsschulen führt. Es ist nun auch eine Frage des Selbstbewusstseins und der Überzeugungskraft der Gemeinschaftsschulen vor Ort, dass sie mit ihren pädagogischen und didaktischen Konzepten und als gebundene Ganztagschulen, eine bessere Arbeit leisten und Eltern sich bewusst für die

Gemeinschaftsschule und gegen die anderen Schulformen entscheiden. Es gibt einige Gemeinschaftsschulen wie die Alemannenschule in Wutöschingen oder die Gemeinschaftsschule in der Taus in Backnang (Stuttgart), denen das schon jetzt gelungen ist.

10 Jahre dauert sinnvolle Schulentwicklung mindestens, bis sich eine Schule grundsätzlich verändert hat. 10 Jahre sollten die Gemeinschaftsschulen mindestens Zeit haben, ihre Konzepte zu implementieren und auszuprobieren, bevor das Scheitern dieses Modells auch nur ansatzweise proklamiert wird. Mindestens 10 Jahre lang könnte doch nun die erfahrene Gesamtschulzene mit Kompetenz, Zuversicht und Wohlwollen die Gemeinschaftsschulen auch hier in Baden-Württemberg begleiten. Mindestens 10 Jahre politische Ruhe rund um dieses neue Modell wünsche ich den Gemeinschaftsschulen, damit sich die Idee des längeren gemeinsamen Lernens etablieren kann und Schüler/innen ebenso wie Eltern die großen Vorteile von Gemeinschaftsschule ganz konkret erfahren können.

KATRIN HÖHMANN

HAMBURG

Im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen stand die Inklusion weiterhin im Zentrum der bildungspolitischen Auseinandersetzung. Eine umfangreiche Begutachtung aller mit Förderbedarf gemeldeten Viertklässler durch die unabhängigen Mitarbeiter der *Regionalen Bildungs- und Beratungszentren* (kurz: ReBBZ) sollte nach gut zwei Jahren endlich Klarheit bringen, ob der Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotionale-soziale Entwicklung bei 4 % eines Jahrgangs, wie von Senator Rabe behauptet und mit Ressourcen hinterlegt, liegt oder doppelt so hoch ist, wie von den Schulen konstatiert. Anfang Januar veröffentlichte der Senat das Ergebnis: 6,6 %. Der Senator kündigte an, dass in den Jahrgängen 5 und 6 der Stadtteilschulen mit einer Mehrzuweisung von jeweils 30 Stellen nachgesteuert werden würde. Das Inklusionsbündnis, das sich im Herbst aus 17 Hamburger Organisationen gebildet hatte, rechnete nach und kommt mit 315 Stellen Mehrbedarf für die Jahrgänge 0 bis 8 auf einen deutlich höheren Bedarf.

Mit einer Podiumsdiskussion am 08.01.2015 mit Senator Ties Rabe und der bildungspolitischen Sprecherin der Grünen, Stefanie von Berg und mit einer Demonstration am 26.01.2015 hat das Bündnis öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Inklusion hergestellt. Nächste Schritte sind geplant.

Der neue Landesvorstand führt in den nächsten Monaten mehrere Veranstaltungen durch: Am 04.02.2015 mit Ines Boban und Prof. Dr. Andreas Hinz zum *Inklusiven Unterricht*, am 10.02.2015 und 17.03.2015 mit Daniela Feuerhak zum *Umgang mit traumatisierten Kindern* und am 20.04.2015 mit Prof. Dr. Christian Fischer zum Thema *Besondere Begabungen*. Vom 13. bis zum 15.04. finden nach Berliner Vorbild Schulbesuchstage statt. 15 Stadtteilschulen bieten

mit insgesamt 38 Angeboten für ca. 200 Teilnehmer/innen Gelegenheit zu Hospitationen und zum gegenseitigen Austausch.

BARBARA RIEKMANN

NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Themen *Sicherung des regionalen Bildungsangebots* und *Sicherung der Kontinuität von Bildungsverläufen* beschäftigen zurzeit die Teilnehmer der Bildungskonferenz in NRW. In deren Stellungnahmen wird die Konfliktlinie deutlich.

Verantwortung der Schulen für die aufgenommenen Schüler/innen

Die Bildungskonferenz hat in ihrem Abschlusspapier vom 20.05.2011 eine klare Zielvorgabe formuliert, die Leitlinie der Weiterentwicklung der Schulstruktur sein muss:

„Jede Schule übernimmt die Verantwortung für den Bildungsweg der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Es ist die Aufgabe und Zielsetzung der Schule, gemeinsam mit den Eltern, die von ihr aufgenommenen Kinder und Jugendlichen unter Wahrung der Bildungsstandards zumindest zum ersten von ihr angebotenen Abschluss (Sekundarstufe I) zu führen.“

Die Förderung aller aufgenommenen Kinder soll die Lern- und Unterrichtskultur jeder Schulen prägen, weil Gleichschritt und Abschlüssen die Kinder demotiviert und frustriert, letztlich ihre Bildungschancen mindert.

Das Verhältnis zwischen dem gegliederten und dem integrierten Schulsystem wird in Artikel 10 der Verfassung des Landes NRW festgelegt:

Verfassung: Artikel 10

(1) Das Land gewährleistet ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen, das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen sowie weitere andere Schulformen ermöglicht.

Daraus ergibt sich eine Gleichrangigkeit und eine Gleichwertigkeit der beiden Schulsysteme. Das betrifft die Schulen als Organisationen, aber vor allem betrifft es die Rechte der Schüler/innen in diesen Schulen. Zugespielt formuliert: Die Probleme des einen Schulsystems dürfen nicht zu Lasten des anderen gelöst werden.

Für den Philologenverband NRW und den Landeselternrat der Gymnasien ist die Verfassungslage und ebenso die genannte Vereinbarung in der Bildungskonferenz keineswegs selbstverständlich. In seiner Stellungnahme erklärt der PhV:

„Keineswegs beabsichtigte der Schulkonsens, dass Schulformen des gegliederten Schulsystems neben sogenannten Schulen des längeren gemeinsamen Lernens getrennt und voneinander abgeschottet strukturiert sein sollten und damit zwei voneinander isolierte Stränge bestehen, für die eine Durchlässigkeit praktisch kaum mehr gegeben sein soll.“

Von einer Gleichrangigkeit der Schulsysteme entsprechend dem Verfassungsauftrag ist hier keine Rede. Die Positionierung der Landeselternschaft der Gymnasien ist in diesem Sinne konsequente Folge:

„Wo neugegründete Sekundar- und Gesamtschulen die Schulformen Haupt- oder Realschule ersetzen, müssen diese selbstverständlich auch Schulformwechsler aufnehmen.“

Noch klarer lässt sich das Selbstverständnis und die Arroganz der höheren Schulform kaum formulieren. So stehen sich in der Bildungskonferenz die Positionen gegenüber. GGG, SLV, LER der GE, GEW und vbe unterstützen die o.g. Beschlusslage der Bildungskonferenz und damit die Verantwortung der Schulen für die aufgenommenen Kinder. Die Gymnasialverbände setzen sich für die Möglichkeit des Abschlusses ein.

Verantwortung der Kommunen für ein gutes Schulangebot

Die Kommunen haben die Verantwortung den Eltern ein möglichst wohnortnahes Schulangebot anzubieten, in dem alle Abschlüsse erreichbar sind. Das erfordert eine zielorientierte Schulentwicklungsplanung und besonders bei kleinen Gemeinden die Kooperation mit Nachbarkommunen. Die Ermöglichungspolitik des Landes gibt den Kommunen einerseits einen größeren Spielraum für die kommunale Schulentwicklungsplanung, kommunalisiert aber andererseits die damit verbundenen Konflikte. Die Kommunen verteidigen diesen Spielraum und sperren sich in der Bildungskonferenz gegen Einflussnahmen durch das Land aber auch gegen Koordinationsaufgaben der Landkreise. Folgende Problemkreise sind beobachtbar:

In einer scheinbaren Konfliktvermeidungsstrategie werden einerseits integrierte Schulen gegründet, aber andererseits der Bestand der Schulen vor Ort, insbesondere wenn es sich um ein Gymnasium oder eine Realschule handelt, nicht berührt. Angesichts der demografischen Entwicklung ist oft erkennbar, dass es auf Dauer nicht genügend Kinder für diese Schulen gibt. Die Kommune überlässt die weitere Entwicklung dem Wahlverhalten der Eltern.

Die interkommunale Zusammenarbeit wird nicht überall gesucht. Diese Kirchturmpolitik führt in einigen Fällen zu Bestandsgefährdungen benachbarter integrierter Schulen. Die Gründung einer Sekundar- oder auch Gesamtschule in privater Trägerschaft wird von einigen Kommunen initiiert, um eine Schule unterhalb der Mindestzügigkeit zu gründen. Dadurch wird das öffentliche Schulsystem tendenziell privatisiert und ein wohnortnahes öffentliches Schulangebot gefährdet. Zudem werden notwendige Entscheidungen in der Kommune auf private Träger verschoben.

Bei allem Verständnis für die kommunalen Interessenvertreter in der Bildungskonferenz: Eine Steuerung mit dem Ziel einer leistungsfähigen und zukunftsfähigen Schulentwicklung ist erforderlich.

Verantwortung für ein öffentliches Schulsystem

Das Land hat die Verantwortung für die Ermöglichung eines wohnortnahen staatlichen Schulsystems, das allen Eltern zugänglich

ist und in dem alle Abschlüsse erreichbar sind. Private Schulen sind Ersatzschulen. Nach Auffassung der GGG NRW dürfen Ersatzschulen nicht das kommunale Schulangebot dominieren. Auch im ländlichen Raum müssen die Eltern die Möglichkeit haben, für ihr Kind eine öffentliche Schule zu wählen. Die unterschiedlichen Gründungsvoraussetzungen für Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft sind für einige Kommunen ein Anreiz, sich über dieses Gebot hinwegzusetzen. Während die öffentlichen Schulen die Mindestzügigkeit z. B. für Sekundarschulen bzw. Gesamtschulen beachten müssen, existieren diese Grenzen für private Schulen nicht. Die GGG NRW fordert deshalb den Gesetzgeber auf, zumindest gleiche Gründungsvoraussetzungen für öffentliche und private Schulen gesetzlich zu verankern.

WERNER KERSKI

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Landesvorstand der GGG Schleswig-Holstein blickt auf ein ereignisreiches Halbjahr Vorstandsarbeit zurück. Neben regelmäßigen Vorstandssitzungen gaben wir Stellungnahmen zum Inklusionskonzept der Landesregierung und zum geplanten Aufnahmeerlass für Gemeinschaftsschulen mit einem Überhang an Anmeldungen ab. Außerdem fassten wir unsere bildungspolitischen Vorstellungen in einem Positionspapier zusammen, das auf der Homepage der GGG nachzulesen ist.

In Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat für Gemeinschaftsschulen führten wir am 08.11.2014 einen zweiten Eltern-Tag im Jahr 2014 durch, diesmal in der Heinrich-Heine-Gemeinschaftsschule in Büdelsdorf. Das Eröffnungsreferat hielt unsere neue Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst, die sich anschließend auch noch den Fragen der anwesenden Eltern stellte. Besonders erfreut waren wir über die mit ca. 80 Personen wieder einmal große Beteiligung an diesem Eltern-Tag und die außerordentlich gute Unterstützung seitens der gastgebenden Schule. Ebenso erfreulich waren die Rückmeldungen der teilnehmenden Eltern aus den Workshops, in denen es u. a. um folgende Themen ging:

Wegfall der Schulübergangsempfehlung: Was bedeutet das für mein Kind?

Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule: Unterstützung – aber wie?

Keine Zensuren mehr!? Leistungen wirksam fordern, wahrnehmen und bewerten – eine Entscheidungsgrundlage.

Zuletzt erörterten wir in einem Gespräch mit dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Leiter/innen an Gemeinschaftsschulen (ALG) unsere bildungspolitischen Positionen und die abgegebenen Stellungnahmen. Wir stellten dabei eine weitgehende Übereinstimmung fest.

DIETER ZIELINSKI

GGG-Bundeskongress 2015 in Bremen

(whv) Der 34. Bundeskongress der GGG wird vom 13. bis 14.11.2015 in Bremen stattfinden.

Mit dem Schulgesetz von 2009 hat sich Bremen eindeutig zur Inklusion bekannt und mit flächendeckender Einführung der Oberschule, in der die Gesamtschulen, Integrierten Stadtteilschulen und Schulzentren der Sekundarstufe I aufgegangen sind, Neuland betreten. Dass daneben Gymnasien erhalten blieben, ist dem „Schulkonsens“ geschuldet, der einen 10-jährigen Schulfrieden sichern soll.

Die grundsätzlichen Probleme in der aktuellen pädagogischen Arbeit sollen dabei im Mittelpunkt stehen – wie gehen wir in der Schule mit der Vielfalt um – wie werden wir den Ansprüchen der Schüler/innen auf ihre kulturelle Vielfalt gerecht – sind Schulen dafür aufgeschlossen und genügend vorbereitet? Die Thematik sei damit nur kurz angerissen. Außerdem dürfte interessieren, wie Bremen mit dem Zweisäulenmodell umgeht – ohne dabei die ursprüngliche Zielsetzung des Schulgesetzes von 1975 (!) aus dem Auge zu verlieren, nämlich das „Schulwesen zu einem integrierten System“ zu entwickeln.

Der Kongress wird in der „Oberschule am Leibnizplatz“, Schulstraße 24, 28199 Bremen, stattfinden, nur neun Straßenbahnminuten vom Hauptbahnhof entfernt. Eine Vorbereitungsgruppe hat mit dem Schulleiter, Hamid Frizi, in einer ersten Besprechung den Kongressablauf abstimmen können.



Donnerstag, 13.11.2015

- abends Kongressauftakt-Treffen

Freitag, 14.11.2015

- morgens Hospitationen in und um Bremen herum
- mittags Eintreffen in der Kongressschule
- danach offizielle Eröffnung, Vortrag
- anschließend Arbeitsgemeinschaften
- abends Gelegenheit zum Besuch der „Shakespeare Company“ im Theater am Leibnizplatz

Samstag, 15.11.2015

- vormittags Wiederholung der Arbeitsgemeinschaften
- anschließend Abschlussplenum Politische Runde
- nach dem Mittagessen Mitgliederversammlung

Bitte den Termin vormerken und in die Jahresplanung aufnehmen!

Auf Wiedersehen!



Waso Koulis
(Mediendesign)

14 Jahre lang durfte ich gemeinsam mit Michael Hüttenberger und Christa Gramm das Layout des GGG-Journals mitgestalten und in jedem Quartal dafür sorgen, dass die Inhalte für die Mitglieder der GGG grafisch aufbereitet werden. Pünktlich zum Übergang an den Wochenschau-Verlag haben wir nun auch zu Ende 2014 nach nunmehr 33 Jahren unsere Geschäftstätigkeit der Druckwerkstatt Kollektiv GmbH eingestellt.

Mich findet man ab sofort hier: www.wk-medien-design.de. Ich habe mich mit einem Büro für Mediendesign und Printservice selbstständig gemacht.

Für die konstruktive und inspirierende Zusammenarbeit mit 57 gemeinsam produzierten Heften möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken!

Klopstock und Hölderlin

Erna Klopstock, pragmatische und erfahrene Mutter zweier schulpflichtiger Kinder, und Julia Hölderlin, junge Mutter, der das alles noch bevorsteht, sind Nachbarinnen und treffen sich öfter auch mal zufällig. So wie heute vor der Haustür.

Erna: *Hallo Julia, na, alles schon gepackt?*

Julia: Hallo Erna, ja, der Möbelwagen müsste gleich kommen.

Erna: *Und, freust du dich?*

Julia: Ja, ist vielleicht ganz gut, dass es Weihnachten noch nicht geklappt hat, jetzt ist im Haus alles fertig und Moritz kann gleich in den Kindergarten gehn, ab drei nehmen die auf.

Erna: *Ab drei erst?*

Julia: Ja, auf dem Land ist alles ein bisschen anders. Ich hab mal nach Ganztagsplätzen gefragt, da müsste ich zehn Kilometer fahren. „Wir haben unsere Kinder zu Mittag gerne wieder zu Hause“, hat mir meine neue Nachbarin erklärt.

Erna: *Naja, bei uns läufst mit dem Ganztags auch nicht richtig rund. Lena muss jetzt dienstags und donnerstags schon um halb zwölf zum Mittagessen.*

Julia: Wieso das denn?

Erna: *Schichtbetrieb, die Mensa ist zu klein.*

Julia: Wieso? Bei Jan hat das doch auch immer geklappt.

Erna: *Die haben aber jetzt auf gebundenen Ganztags umgestellt.*

Julia: Und was bedeutet das?

Erna: *Ist nicht mehr freiwillig. Alle bleiben den ganzen Tag in der Schule, also müssen alle essen und dann reicht eben der Platz nicht. Die Ersten essen um halb zwölf, die Letzten um zwei, und um halb drei ist noch mal richtig Unterricht.*

Julia: Und das soll gut sein?

Erna: *Im Prinzip schon, Ganztagschule find ich ja gut, aber nicht so. Mit vernünftiger Rhythmisierung hat das allerdings nichts zu tun, sagt Rüdiger. Er hat sich auch schon heftig beschwert bei der Schulleitung, Rüdiger ist doch jetzt im Elternrat.*

Julia: Rüdiger? Was hat den denn geritten, so ein Amt zu übernehmen?

Erna: *Na ja, er sagt, man muss sich auch mal konstruktiv einbringen und Verantwortung übernehmen. Aber ich denke, er wollte verhindern, dass seine Lieblingsmutter aus Lenas Grundschulklasse wieder das Kommando übernimmt.*

Julia: Lieblingsmutter?

Erna: *Hab ich Dir doch mal erzählt, oder?*

Julia: Nicht, dass ich wüsste.

Erna: *Doch bestimmt, das ist die, die immer rumtelefoniert hat, ob wir nicht auch meinen, die Kinder kriegen nicht genug Hausaufgaben, gerade jetzt in der 4. Klasse, wo es um die Zukunft der Kinder geht. Und die jeden zweiten Tag vor der Klassenzimmertür stand und spontan hospitieren wollte.*

Julia: Stimmt, hast du mal erzählt. Und, wie ist die Lehrerin damit umgegangen?

Erna: *Erst ganz locker, schließlich hatte sie das ja angeboten, vertrauensbildende Maßnahme, aber dann war sie leicht genervt von so Frage wie: warum ihr Töchterchen mit dem Rücken zur Tafel sitzt und so.*

Julia: Ist das nicht die, die ihre Tochter unbedingt aufs Gymnasium haben wollte?

Erna: *Ja, hat aber die Empfehlung nicht gekriegt, und außerdem wollte das Töchterchen mit den anderen sowieso auf die IGS, das Töchterchen ist nämlich ganz patent und nicht so ne Zicke wie die Mutter.*

Julia: Und?

Erna: *Der geht's gut da, Lena auch, und das mit dem Mittagessen nehmen die Kids sowieso locker. Lena findets sogar super, weil die frühstückt ja nie, kommt ja immer so spät aus der Kiste.*

Julia: Und wie geht's Jan?

Erna: *Alles bestens, der hat die Kurve gekriegt. Ist richtig cool geworden, sagt selbst seine kleine Schwester. Und immer noch dicke mit Wiebke zusammen. Du ich glaub, da kommt dein Möbelwagen.*

Julia: Ja, tatsächlich. Mensch Erna, war ne schöne Zeit. Danke für alles, tschüss, und ich ruf an, wenn ich halbwegs wieder sortiert bin.

MICHAEL HÜTTENBERGER *nach wahren Begebenheiten aus dem realen Elternleben*

TERMINE

20.03. bis 21.03.2015

BV/HA
Kassel

25.04.2015

außerordentliche
Mitgliederversammlung
IGS Langenhagen, Hannover

13.05. bis 16.05.2015

53. Tagung der BAG Englisch an
Gesamtschulen
Haus Villigst Schwerte/Ruhr

26.06. bis 27.06.2015

BV
Hamburg

25.09. bis 26.09.2015

BV/HA
Kassel oder Göttingen

13.11. bis 14.11.2015

Bundeskongress
Oberschule am Leibnizplatz, Bremen

14.11.2015

Mitgliederversammlung
Oberschule am Leibnizplatz, Bremen

GGG

Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule
Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

KLARTEXT



Was schert mich mein Beschluss von gestern?

Auf der Tagung in einer Schule saßen die Workshopteilnehmer in einem kahlen Klassenraum und sprachen über Schulkultur. Als der Widerspruch zwischen Thema und Ambiente artikuliert wurde, erwiderte eine Kollegin dieser Schule: „Wir haben ja eigentlich Beschlüsse darüber, wie wir Klassenräume gestalten. Aber Sie wissen ja, wie das ist: Es hält sich eben nicht jeder dran.“

Kennen Sie das auch? Ihre Konferenz beschließt Dinge, auf die sich alle nach längerer Diskussion einigen und dann hält sich eben nicht jeder dran. Muss man das wirklich hinnehmen? Das beschriebene Phänomen hat zwei Dimensionen: Die des einzelnen Verweigerers und die der anderen, die dies untätig zur Kenntnis nehmen.

Wieso sollte man sich an Beschlüsse halten, wenn sie einem widerstreben?

- Weil wir in einer Demokratie leben, die auch in der Schule gelebt werden muss.
- Weil derjenige, der Schüler/innen zu demokratischen Bürgern erziehen will, ihnen selbst ein Vorbild sein muss.
- Weil sich jede Lehrkraft in Konferenzen, Teamsitzungen, Steuergruppen etc. einbringen kann.
- Weil eine Demokratie von Mehrheitsbeschlüssen lebt und Minderheiten für ihre Ansichten streiten und versuchen können, Beschlüsse in ihrem Sinn zu beeinflussen.
- Weil Verweigern keine Opposition ist, sondern Blockade – auf keinen Fall ein Vorbild.

Wieso sollte man sich einmischen, wenn andere sich nicht an Beschlüsse halten?

- Weil Willkür dort herrscht, wo vereinbarte Regeln nicht eingehalten werden.
- Weil ohne Einhalten von Vereinbarungen und Beschlüssen kein Schulprogramm und kein Leitbild zustande kommt und die Schule kein erkennbares Profil entwickeln kann.
- Weil ein solches Erinnern kein „Verpfeifen“, sondern professionelles Handeln ist – unter den Tisch kehren hingegen falsch verstandene Kollegialität. (Im Übrigen kann man den Blick auf Vereinbarte auf jeder Sitzung strukturell auf der Tagesordnung verankern – dann bleibt es nicht an Einzelnen hängen!)
- Weil es zu den Führungsaufgaben von Schulleitung gehört, die Lehrkräfte zum Einhalten von Beschlüssen anzuhalten.

Und jeder denke an den alten Kantschen Satz und verhalte sich so, wie er es sich von seinem Gegenüber auch wünscht.

IMPRESSUM

GGG-Journal

Redaktion: Dr. Ingrid Ahlring, Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (v.i.S.d.P.), Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle, Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,

E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
Web: www.ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage: 4.000 Exemplare

Gestaltung und Druckorganisation:

Wasiliki Waso Koulis
www.wk-mediendesign.de

Layoutkonzept: www.gramm-design.de

Korrektur: Armin Steigenberger
Fotos: Max-Brauer-Schule (Titelfoto), Wolfgang Vogel (S. 2, 4, 9, 16), Wochenschau Verlag (S. 5), OSL Bremen (S. 14 oben), Mira Göttert (S.14 unten).

Beachten Sie bitte die Beilage *Jugend debattiert* der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung.

**Gemeinsam Lernen erscheint am
01.07.2015.**